

B) Die Zuwanderung in der öffentlich-medialen Debatte

JASPER VON ALTENBOCKUM: DISKUSSIONSBEITRAG

Die offene Wunde

Die Wunden der Asyldebatte sind noch nicht verheilt. Auch zwanzig Jahre nach dem »Asylkompromiss« von 1993 gibt es weder über die damalige Politik noch über die Begrifflichkeit einen Konsens in Deutschland. Was eine multikulturelle Gesellschaft sei und ob Deutschland dazugehören müsse, war damals Gegenstand eines gerade aufbrechenden ideologischen Kampfes und ist heute noch immer umstritten. Auch das »Einwanderungsland«, das damals für die einen schon Tatsache war, für die anderen ein Ding der Unmöglichkeit, ist heute noch immer nicht ein Land, in dem sich jeder Einheimische zuhause und jeder Fremde willkommen fühlen würde. Nur auf eine Beobachtung könnten sich vielleicht alle Beteiligten einigen: dass der Asylkompromiss dazu führte, dass die Zahl der Asylbewerber fast über Nacht drastisch zurückging. Doch für die einen ist das ein Ausdruck inhumaner, ja rassistischer Politik, für die anderen Konsequenz der Einsicht in das Notwendige.

Woher kommt es, dass angesichts dieser dauerhaften Polarisierung der Kompromiss so lange halten konnte? Jede Antwort darauf muss berücksichtigen, dass der Asylkompromiss eine Art Waffenstillstand war, hinter deren wichtigste Bestimmung, die Einschränkung des individuellen Grundrechts auf Asyl, kein maßgeblicher Politiker mehr zurückgehen wollte. Was damals auf dem Spiel stand, hatte Herbert Wehner schon 1982 der SPD in einer vielzitierten Redewendung prophezeit: »Wenn wir uns weiterhin einer Steuerung des Asylproblems versagen, dann werden wir eines Tages von den Wählern, auch unseren eigenen, weggefeht.« Knapp zehn Jahre später schien es so weit zu sein. Die »Republikaner« er-

reichten unter dem Eindruck der Asyldebatte in Baden-Württemberg bei der Landtagswahl im April 1992 mehr als zehn Prozent der Stimmen, die DVU in Schleswig-Holstein mehr als sechs Prozent. Die Mordanschläge in Hoyerswerda, Solingen, Mölln, Rostock-Lichtenhagen und in anderen Städten, aus denen fast täglich Beschimpfungen, Pöbeleien oder Verbrechen gegen Asylbewerber gemeldet wurden, hatten Deutschland in eine Stimmung versetzt, die am Sitz von Parlament und Regierung, damals noch in Bonn, dazu führte, dass von einer Gefährdung der Demokratie die Rede war.

War das maßlos übertrieben? In der Rückschau werden Ursache und Wirkung ganz unterschiedlich bewertet. Für die Verfechter des Asylkompromisses ist es wichtig, den örtlichen Zusammenbruch öffentlicher Ordnung so zu erklären, dass Verwaltung und Gesellschaft, vor allem auf kommunaler Ebene, von einer Politik überfordert wurden, die in den Jahren zuvor tatenlos zugesehen hatte, wie die Zahl der Flüchtlinge und Asylbewerber, die nach Deutschland kamen, von Monat zu Monat gestiegen war. Diese Tatenlosigkeit sei Folge von Mutlosigkeit, von ideologischer Verblendung gewesen. Dagegen halten die Gegner der Asyl-Zäsur nicht etwa Verwaltung und Gesellschaft für überfordert, sondern die Politik – sie erst habe, etwa in übertriebenen Wahlkämpfen, eine Stimmung heraufbeschworen, in der die Ausländerfeindlichkeit wachsen und der »Asylant« zum Schimpfwort werden konnte. Der Anstieg des Zuzugs nach Deutschland sei nicht ein Ergebnis des Grundgesetzes und einer freizügigen Ausländerpolitik gewesen, sondern Resultat temporärer Entwicklungen – etwa der Öffnung des Eisernen Vorhangs oder der Jugoslawien-Kriege. Mit anderen Worten: Eine auf breiter Front ausländerfreundlich eingestellte Politik hätte Staat und Gesellschaft dazu gebracht, auch eine drastisch wachsende Zahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern nicht nur zu ertragen, sondern als Bereicherung zu empfinden.

Dieser Gegensatz lebt immer wieder dann mit voller Wucht und Leidenschaft auf, wenn die Verantwortung für drastische Fehlentwicklungen zugeteilt wird – zuletzt im Gedenken etwa an die Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen. Die Gewalt gegen Asylbewerber und die Morde von Mölln und Solingen müssen aus heutiger Sicht als »Vorgeplänkel« eines danach völlig unterschätzten Rechtsterrorismus betrachtet werden, dienen andererseits aber auch als Keule gegen die Politiker, die Anfang der 1990er Jahre für eine Änderung der Asylgesetzgebung agitierten. Die Gegner der damaligen Grundgesetzänderung können sich selbst exkul-

pieren – sie hatten ja nicht darauf hingewirkt und mussten sich deshalb nicht an einer Rhetorik beteiligen, die angeblich erst zur Radikalisierung ausländerfeindlicher Stimmungen führte. Die Befürworter eines neuen Artikel 16, die so indirekt als geistige Väter des Rechtsterrorismus gebrandmarkt werden, sehen hingegen gerade diejenigen in der Verantwortung, die einen Kompromiss über Jahre verhindert hatten und nicht auf Herbert Wehner hören wollten.

Doch da der Gegensatz auf völlig unterschiedliche Vorstellungen über ein »Einwanderungsland« zurückgeht, das sich in eine »Einwanderungsgesellschaft« fortentwickeln müsse, wäre er auch ohne solche Schuldzuweisungen nicht aus der Welt zu schaffen.

Zum Zeitpunkt der Abstimmung über den Asylkompromiss Ende Mai 1993 ging der Streit über Deutschland als einem »Einwanderungsland« quer durch die Parteien. Traditionalisten in CDU/CSU und SPD bestritten seit Ende der siebziger Jahre, dass sich Deutschland überhaupt je dazu entwickeln würde. Ihre Gegner, geschlossen nur die Grünen, behaupteten, dass Deutschland längst ein solches Land sei und sich die Politik endlich darauf einzustellen habe. Die ideologischen Befürworter eines solchen »neuen« Deutschlands waren zugleich die Apologeten einer zukünftigen »multikulturellen Gesellschaft«, deren Konzept erst Anfang der neunziger Jahre breitere Kreise zog – also just zum Zeitpunkt des Asylstreits.

Diese Konfrontation ging über das normale Maß politischer Auseinandersetzung hinaus, weil sich darin unversöhnliche Gesellschaftsentwürfe gegenüberstanden. Hier eine homogene Gesellschaft, die Integration im besten Fall als Assimilation, im schlechtesten Fall als Verlust der eigenen Heimat versteht. Dort eine Gesellschaft, die heterogen sein soll, weil sie sich über unterschiedliche Kulturen zu definieren hat und deshalb Integration als das Gegenteil von Assimilierung versteht. Hier eine Gesellschaft, die als Nation geschützt werden soll. Dort eine Gesellschaft, die das Korsett der Nation ganz ablegen und durch Europa ersetzt werden soll. Hier eine Gesellschaft, deren staatliche Institutionen der Einwanderung enge Grenzen setzt und innerhalb dieser engen Grenzen eine Richtung gibt. Dort eine Gesellschaft, für die der Staat nur insofern eine Leitung übernimmt, weil er sie in eine europäische Vielvölkergesellschaft transformieren soll.

Eine Annäherung war vor zwanzig Jahren und seither nur möglich, weil der ideologische Kampf eine Auseinandersetzung auch über die

Wahrnehmung von Realität war. Mit der Auffassung, Deutschland sei ein Einwanderungsland, konnte sich auch derjenige anfreunden, der nicht die multikulturelle Gesellschaft favorisierte, aber zugeben musste, dass Deutschland seit Jahren mit massenweiser Einwanderung zu tun hatte und weiter, wegen der demographischen Entwicklung, zu tun haben würde, um überhaupt bleiben zu können, wie es ist. Mit der Auffassung wiederum, Deutschland müsse den Weg in eine multikulturelle Gesellschaft gehen, konnte sich auch derjenige anfreunden, der nicht die deutsche Gesellschaft radikal verändern wollte, aber zugeben musste, dass diese Gesellschaft nicht mehr nur Heimat einer mehr oder weniger homogenen Kultur sein könne. Die teils sozialrevolutionären, teils ins Kitschige abgeglittenen Konzepte vom »Einwanderungsland« und von »Multikulti« verloren ihre normative Kraft in dem Maße, wie sie an deskriptiver Kraft gewannen.

Beides lebte später in der Auseinandersetzung über eine »Leitkultur« wieder auf. Da hatte der Asylkompromiss aber schon seine eigentliche Leistung vollbracht. Die Verständigung über die Ausländerpolitik, die zehn Jahre später unter einer von SPD und Grünen geführten Regierung zum Zuwanderungsgesetz führte, wäre ohne den Interessenausgleich von 1993 nicht möglich gewesen oder noch später gekommen.

Selbst mit dieser Fortentwicklung ist aus dem Waffenstillstand von 1993 aber noch kein Friedensabkommen geworden. Erst ein solcher Konsens über die Gräben von damals hinweg würde wohl schaffen, was neuerdings die Multikultur ersetzt hat – eine deutsche »Willkommenskultur«.

ROLAND PREUSS: DISKUSSIONSBEITRAG

Die Debatte um Zuwanderung in Deutschland

Es wurde nun viel durcheinandergeworfen, Anfang der 1990er Jahre, zumindest von meinem Nachbarn. Kanzler Helmut Kohl hatte erst vor kurzem eine Steuererhöhung im Zuge der Deutschen Einheit durchgebracht. Mein damaliger Nachbar, ein Mann um die 30, meinte dazu: »Wir dürfen immer mehr zahlen – und den Asylanten wird alles nachgeworfen!« Für ihn waren »die Ausländer« ein Ärgernis und eine große Last. Und natürlich hat er nicht unterschieden zwischen Gastarbeitern, Asylbewerbern oder Fachkräften, die es ja auch schon gab. Damit war er durchaus nicht alleine. Nach den damaligen Umfragen galt den Bürgern das Thema »Asyl/Ausländer« jahrelang als das wichtigste politische Problem der Republik.

Die Debatte um das Grundrecht auf Asyl erinnert heute an einen Glaubenskrieg. Sie war heftig und selbst entfacht: Die SPD hatte trotz stark steigender Asylbewerberzahlen eine Änderung des Grundrechts abgelehnt, die Union hatte sich dafür entschieden, Asyl zum Wahlkampfthema zu machen. Allein 1992 registrierten die Behörden mehr als 400.000 Asylanträge, die meisten davon waren aussichtslos, 95 Prozent wurden abgelehnt. Doch es war schwierig, die Menschen zur Heimkehr zu bewegen, viele klagten oder konnten nicht abgeschoben werden. Die Notwendigkeit für eine Reform war offensichtlich geworden.

Es ging aber nicht nur um Asylbewerber, wie eine Rede von Burkard Hirsch zeigt:

»Zwischen 1988 und 1991 waren insgesamt etwa 3,6 Mio. Menschen in die Länder der alten Bundesrepublik eingewandert, also etwa 900.000 pro Jahr. Davon waren 300.000 Aussiedler, 225.000 waren inländische Übersiedler aus der früheren DDR und jährlich 375.000 Ausländer, davon im Schnitt 50 Prozent, etwa 190.000, als Asylbewerber.«

Grünen-Politiker hinderten die Zahlen übrigens nicht daran, ein Bleiberecht für alle zu fordern. Das war ungesteuerte Zuwanderung als Programm. Die Debatte war also durchaus durch die Fakten gerechtfertigt. Nicht aber der Ton. Der Freiburger Historiker Ulrich Herbert hat Ihnen wahrscheinlich bereits einige der brandstiftenden Zitate aus dieser Zeit

vorgetragen (die folgenden Sätze zitiert nach Herbert 2001). »Fast jede Minute ein neuer Asylant. Die Flut steigt – wann sinkt das Boot?«, hieß beispielweise eine Schlagzeile in der Bild-Zeitung. »Irre! 11.991 Mark für Asylfamilie – monatlich« eine andere. Edmund Stoiber warnte – 1988 bereits – vor einer »durchrassten« Gesellschaft – immerhin entschuldigte er sich später dafür. Und auch in der SPD vergriff man sich im Ton. Der nordrhein-westfälische SPD-Fraktionschef Friedhelm Farthmann forderte wörtlich: »Prüfung des Antrags so schnell wie irgend möglich, gegebenenfalls Überprüfung durch einen Einzelrichter an Ort und Stelle – und dann an Kopf und Kragen packen und raus damit.«

In dieser Zeit sei im Verhältnis zwischen Deutschen und Zuwanderern »etwas zerbrochen«, sagte Herbert einmal der Süddeutschen Zeitung. Und das war nicht der einzige Preis. Nach meiner Auffassung war die Debatte um Zuwanderung danach auf Jahre verhärtet. Jeder Vorstoß, Deutschland solle sich für Fachkräfte öffnen, solle angesichts sinkender Geburtenraten von Einwanderungsländern lernen, wurde vor allem von Seiten der Union brüsk zurückgewiesen. Solch eine Debatte befördere nur Ausländerfeindlichkeit, sagte der damalige Innenminister Wolfgang Schäuble. Ein weiteres Argument lautete: Nach der jüngsten Zuwanderungswelle sei die Öffnung für weitere Zuwanderer den Leuten nicht zumutbar. Kein Wunder, nachdem man so mühsam den Asylkompromiss gefunden hatte. Deutschland sei »kein Einwanderungsland«, betonte die Union. Und hinter diese klare Aussage konnte man jahrelang nicht zurück.

Dies war merkwürdig, denn faktisch war die Bundesrepublik längst zum Einwanderungsland geworden – das blieb so, auch nach dem Asylkompromiss. Die Asylbewerberzahlen gingen zwar zurück, doch es kamen weiterhin hunderttausende Menschen: Aussiedler, Nachzügler von Familienangehörigen, Arbeitnehmer durch Ausnahmen im Anwerbestopp für Gastarbeiter oder auch jüdische Kontingentflüchtlinge. Es war eine verschämte Debatte um Zuwanderung; eine, in der offiziell kleingedredet wurde, was stattfand.

Eine der Folgen davon waren zahlreiche Versäumnisse in der Integration, die heute gerne kritisiert werden. Obwohl Anfang der achtziger Jahre bereits gut erkennbar war, dass viele Gastarbeiter auf Dauer bleiben, schickte man deren Kinder noch in eigene Ausländerklassen, in denen sie nach eigenen Lehrplänen von türkischen Lehrern unterrichtet wurden. Sie sollten nicht die Bindung zur alten Heimat verlieren. Beide poli-

tischen Lager hatten ihre Gründe, auf eine Integrationspolitik zu verzichten. Die Union, weil sie weiter auf eine Rückkehr der »Ausländer« setzte. Integrationsmaßnahmen hätten da nur geschadet. Wenn der Ausländer möglichst ausländisch blieb, erhöhte das die Chancen zur Heimkehr.

Im linken Spektrum dagegen hielt man Integrationsmaßnahmen in der multikulturellen Gesellschaft für überflüssig. Ja, war die Pflicht zu Deutschkursen oder gar Staatsbürgerkunde nicht »Zwangsgermanisierung«? Eine Integrationspolitik, die Hilfe anbietet und klare Erwartungen an die Einwanderer formuliert, konnte sich so nicht durchsetzen. Die Debatte war noch lange aufgeladen durch die Asylzuwanderung.

Man staunt, was in dieser Zeit schon alles in der Wissenschaft diskutiert wurde. Der Historiker Klaus Bade forderte bereits Anfang der 1990er Jahre, von anderen Einwanderungsländern zu lernen, wies auf die hohe Arbeitslosigkeit unter Zuwanderern hin und schlug Helmut Kohl in einem Brief eine »ganzheitlich konzipierte Migrations- und Integrationspolitik« vor sowie die Gründung eines »Bundesamtes für Migration und Integration«. Heute haben wir etwas ganz Ähnliches, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, das auch die Integrationskurse organisiert. Damals aber lehnte Kohl ab und verwies auf Pläne für eine europäische Asyl- und Einwanderungspolitik. Wenn ich es recht in Erinnerung habe, hätte man schon zu dieser Zeit vom Nachbarn Niederlande ein hilfreiches Instrument übernehmen können: Integrationskurse, in denen staatsbürgerliches Wissen und die Sprache gelehrt wurden. Nichts davon wurde umgesetzt – oder auch nur ernsthaft politisch diskutiert.

Sicher kann man nicht alles auf die Asyldebatte schieben. Es gab weitere Faktoren, welche die Sicht auf Zuwanderung prägten. Wendepunkte waren die Landtagswahl in Hessen im Februar 1999 und die Anschläge vom 11. September 2001 in den USA. In ihrem ersten Koalitionsvertrag 1998 hatten SPD und Grüne noch eine weitgehende Liberalisierung des Staatsangehörigkeitsrechts vereinbart. Ausländer, die sich seit acht Jahren legal in Deutschland aufhalten, sollten das Recht auf einen deutschen Pass bekommen. Ausländer aus Nicht-EU-Staaten sollten das kommunale Wahlrecht erhalten und bei einer Einbürgerung den Pass ihres Ursprungslandes behalten dürfen. Nichts davon wurde verwirklicht. Dies lag zum Ersten an der Landtagswahl in Hessen 1999, bei der der spätere Ministerpräsident Roland Koch (CDU) den »Doppelpass« durch eine Unterschriftenkampagne zum Thema gemacht und damit die Abstimmung gewonnen hatte. Insbesondere die Grünen verloren damals Stim-

men, und die rot-grüne Koalition in Berlin ihre Mehrheit im Bundesrat. Der Schock saß tief.

Zweitens änderte sich die Stimmung weiter durch die Anschläge in New York und Washington. Von vielen wurden Zuwanderer nun als mögliche Terroristen wahrgenommen. Dies wirkte sich auf das zweite große ausländerpolitische Projekt der Koalition aus, die erleichterte Zuwanderung von Fachkräften und ein großzügigeres Bleiberecht für Flüchtlinge. Acht Tage nach den Anschlägen sagte Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) im Bundestag: »Wir werden über das Zuwanderungsgesetz zu reden haben.« Unter den Flüchtlingen seien »leider einige darunter«, die dieses Recht für terroristische Aktionen missbrauchten. Seitdem übertrafen sich Schily und sein bayerischer Kollege Günther Beckstein (CSU) regelmäßig in der Schärfe ihrer Forderungen. Mal wollte Schily mutmaßlich gefährliche Personen vorbeugend einsperren, mal forderte Beckstein, eingebürgerten Islamisten müsse ihr deutscher Pass leichter wieder abgenommen werden dürfen.

Auch die schlechten Konjunkturdaten seit 2001 hatten Auswirkungen auf die Debatte über das Zuwanderungsgesetz. Ursprünglich hatte die Koalition eine großzügige Regelung vorgesehen, mit der Fachkräfte nach einem Punktesystem und festgelegten Quoten einwandern sollten. Doch als die Zahl der Arbeitslosen stieg, verebbte die Diskussion. Leute aus dem Ausland zu holen, während in Deutschland Millionen Menschen ohne Job sind, verkaufte sich politisch schlecht. Dementsprechend streng fiel das Zuwanderungsgesetz aus, in dem die Union viele ihrer Forderungen verwirklichen konnte. Die rot-grüne Koalition musste eine Einigung erzielen mit der Union, weil das Gesetz im Bundesrat zustimmungspflichtig war.

Auch deshalb kamen in den folgenden Jahren immer weniger Ausländer nach Deutschland: Die Zahl neuer Asylbewerber sank von etwa 99.000 im Jahr 1998 auf 35.600 im Jahr 2004. Ein Rückgang, der auf eine strenge Handhabung des Ausländerrechts, aber auch auf Militäreinsätze im Ausland zurückgeht, die etwa in Bosnien oder in Afghanistan zu einer Stabilisierung der Lage und damit zur Rückkehr und Vermeidung von Flüchtlingen beigetragen haben. Die großen Herausforderungen der Ausländerpolitik lagen erstmals seit langem nicht in der Begrenzung von Zuwanderung. Das wichtigste Thema wurde die Integration von Ausländern, die bereits in Deutschland leben. Die Hintergründe sind weitgehend bekannt: Die Arbeitslosenquote unter Ausländern ist seit Jahren

etwa doppelt so hoch wie unter Deutschen. Ursache sind meist fehlende Schul- oder Berufsabschlüsse und mangelnde Deutschkenntnisse. Gerade junge Zuwanderer brechen die Schule ab und haben damit ein hohes Risiko, später keine Arbeit zu finden.

Bald zeigte sich: Das Zuwanderungsgesetz reichte nicht, die zweite große Aufgabe zu bewältigen, die Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland. Ihre Arbeit würde zum Wachstum beitragen und zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Die erste Regelung, die ein Mindesteinkommen bei klassisch Hochqualifizierten von 84.000 Euro pro Jahr vorschrieb, bildete nur eine Katzenklappe für Spitzenkräfte: es kamen sehr wenige, nur ein paar hundert. Bei diesem Thema waren die meisten Parteien viel zurückhaltender als beim Thema Integration. Nach den Erfahrungen mit dem Staatsbürgerschaftsrecht wagten 2005 lediglich noch die Grünen, eine »aktive Einwanderungspolitik« ins Wahlprogramm zu schreiben.

Aber: Es kam langsam Bewegung in die Zuwanderungsdebatte, ich würde den Zeitpunkt in den ersten Jahren des neuen Jahrtausends ansetzen. Der Fortschritt begann mit Realismus und bewegte sich in Tripelschritten voran. Der Realismus lässt sich etwa an Aussagen der damaligen grünen Verbraucherschutzministerin, Renate Künast, ablesen. »Multikulti« sei möglich, sagte Künast (in der Bild am Sonntag), aber es gebe zwei Grundregeln: »Regel eins: Haltet euch an unser Grundgesetz! Regel zwei: Hier wird Deutsch gesprochen!« Für die Äußerung wäre Renate Künast zehn Jahren zuvor wahrscheinlich noch aus jeder Grünen-Versammlung gejagt worden.

Immer wieder wurden nun der demografische Wandel, der absehbare Mangel an Fachkräften und die drohenden Folgen für die Unternehmen diskutiert. Bundeskanzler Gerhard Schröder befeuerte die Debatte mit seiner Green Card ab dem Jahr 2000, Bayerns Ministerpräsident konterte mit einer »Blue Card«. Beim Thema Fachkräfte war plötzlich eine Dynamik da. Im Ausländerrecht waren die Etappen: die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000. Das Zuwanderungsgesetz 2005, mit dem Integrationskurse bundesweit eingeführt wurden. Der Integrationspfeil und die Islamkonferenz von Wolfgang Schäuble ab dem Jahr 2006. Plötzlich geschah in zehn Jahren mehr als in den 30 Jahren zuvor. Und das durchaus von beiden politischen Lagern. Langsam, langsam sprach sich auch herum, wie unterschiedlich Zuwanderer sein können; je nachdem, ob sie nun als (oft niedrig qualifizierte) Asylbewerber kommen, als Familienangehörige oder eben als hochqualifizierte Fachkräfte. Der

Fachkräftemangel war ein Schlüssel für mehr Offenheit. Natürlich hat Thilo Sarrazins Bestseller »Deutschland schafft sich ab« nochmals neue Polemik in die Debatte gebracht. Aber sie wurde auf politischer Ebene nicht so erhitzt geführt wie die Asyldebatte Anfang der 1990er Jahre. Sie machte gerade Union und SPD aber klar, welche großen Vorbehalte bei den Wählern weiter existieren. Kein Wunder also, dass die Öffnung verschämt geblieben ist: Die Hürden für Fachkräfte wurden in Zentimeterschritten gesenkt; man hat so viel herum getüftelt in den vergangenen Jahren, dass das Zuwanderungsrecht sehr unübersichtlich geworden ist.

Symptomatisch ist, wie sich die Begriffe dazu entwickelt haben: Die Integrationsbeauftragte Maria Böhmer von der CDU spricht heute vom »Integrationsland« Deutschland, ihr Parteikollege und CDU-Vize Armin Laschet von der Aufsteigerrepublik auch für Migranten. Der Integrationsprogrammatiker der Bundes-SPD, Klaus Wowereit, fordert: Deutschland muss wieder Einwanderungsland werden, weil 2010 mehr Menschen auswanderten als einwanderten, die SPD warnt aber gleichzeitig vor Dumpinglöhnen durch Zuwanderer. Nur Volker Bouffier steht noch für die alte Linie, im Herbst 2010 sagte er (Hamburger Abendblatt vom 25.11.2010): »Wir haben Einwanderung, aber Deutschland ist kein Einwanderungsland.«

Literatur

Klaus J. Bade: *Ausländer – Aussiedler – Asyl in der Bundesrepublik Deutschland*, Hannover/Bonn 1994.

Ulrich Herbert: »Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland«, München 2001, Beck Verlag.

Thilo Sarrazin: *Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen*, München 2010.